PB.Z-01-266-4

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	OV Brüssel
Beschlussdatum:	13.04.2021

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Nach Zeile 266 einfügen:

Schwarze Menschen in Deutschland - Anti-Schwarzen Rassismus bekämpfen

Seit den Black Lives Matter Demonstrationen im Sommer 2020 wird vermehrt darüber diskutiert, dass Schwarze und afrodiasporische Menschen auch in Deutschland im hohen Maße von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind. Anti-Schwarzer Rassismus ist weit verbreitet und historisch gewachsen. Schwarze Menschen und Menschen afrikanischer Herkunft leben bereits seit Jahrhunderten in Deutschland. Seit 2017 werden sie als eine Gruppe im Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus (NAP) aufgeführt, die von Rassismus betroffen ist. Gemeinsam gehen wir entschlossen gegen Anti-Schwarzen Rassismus durch die Stärkung Schwarzer Selbstorganisationen in ihrer Vielfalt und Empowermentarbeit sowie Präventiv-, Schutz- und Beratungsmaßnahmen vor. Wir setzen uns zum Beispiel dafür ein, positive Darstellungen und die Repräsentation Schwarzer Menschen in den Medien und im Kulturbetrieb sowie dekoloniale Initiativen in Institutionen und im öffentlichen Raum zu fördern. Zudem möchten wir die Ursachen, Wirkungen und Ausmaß von Anti-Schwarzen Rassismus durch Studien und eine systematische Dokumentation erfassen.

Begründung

Der vorgeschlagene Zusatz zum Wahlprogramm dient als Begründung zugleich. Wir begrüßen, dass Jüd*innen, Muslim*innen und Sinti*zze und Rom*nja als Minderheiten aufgeführt werden, um diese anzuerkennen und zu stärken. Der Vollständigkeit halber sollte die Aufzählung Schwarzer Menschen als vierte von der Bundesregierung als schutzbedürftig anerkannte Gruppe (unter anderem so ausgewiesen im 2015 Bericht an den UN Antirassismusausschuss) ergänzt werden.

Angesichts aktueller Ereignisse sollten wir nicht auf diesem Auge blind sein und der asiatischen Community unsere Unterstützung und Solidarität bekunden.

Marginalisierte Gruppen vernetzen sich zunehmend gegenseitig und begrüßen die Anerkennung, um gemeinsam effektiver gegen Rassismus aus einer Betroffenenperspektive angehen zu können und gehört zu werden.